

Juni/2018

Russland-Update



Zahlen, Daten & Fakten zur russischen Wirtschaft und den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

1. Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Die russische Wirtschaft erholt sich von der längsten Rezessionsphase seit den frühen 1990er Jahren. Für das Gesamtjahr 2017 wird ein Wachstum von 1,5 Prozent gemeldet. Aktuelle Prognosen für 2018 gehen von 1,5 bis zwei Prozent Wachstum aus. Der Trend zeigt also nach oben, wobei sich insbesondere durch die neuen US-Sanktionen gegen Russland, die auch europäische Unternehmen betreffen könnten, neue Risiken ergeben könnten.

Die Wirtschaftskrise in Russland in den vergangenen Jahren hatte verschiedene Faktoren: Hauptgrund war der starke Rückgang der Rohölpreise seit 2014. Die russische Regierung hatte es versäumt, in der wirtschaftlichen Boomzeit der frühen 2000er Jahre schrittweise ein Wirtschaftsmodell zu entwickeln, das die einseitige Abhängigkeit von Rohstoffexporten überwindet. Diese machen rund 80 Prozent der russischen Exporte aus. Das aktuelle Entwicklungspotenzial der russischen Wirtschaft scheint mit maximal zwei Prozent Wachstum jährlich an eine Obergrenze zu stoßen, die Industrieproduktion läuft bereits nahe der Kapazitätsgrenzen, die offizielle Arbeitslosigkeit liegt inzwischen unter fünf Prozent. Ein signifikant höheres Wachstum ist nach nahezu einhelliger Expertenmeinung nur durch entschiedene Reformen und deutliche Produktivitätsfortschritte erreichbar.

Schwachstellen der russischen Wirtschaft bleiben neben der unzureichenden Diversifizierung eine zu hohe Staatsquote, die modernisierungsbedürftige Infrastruktur, die weiterhin zu verhaltene Bekämpfung der Korruption und der erschwerte Zugang zu Krediten. Die seit Sommer 2014 infolge des Ukraine-Konflikts bestehenden westlichen Wirtschaftssanktionen verschärften die Krise zusätzlich. Vor allem der Finanzsektor und die Vergabe von Investitionskrediten werden weiterhin durch die Sanktionen behindert, zudem erschweren die Sanktionen

im Erdölsektor die Ausbeutung neuer Lagerstätten in der Arktis und die Modernisierung der bestehenden Förderanlagen.

Als Reaktion auf die Sanktionen verstärkte die russische Regierung ihre Anstrengungen zur Importsubstitution. Zudem senkte der gesunkene Rubelkurs die russischen Lohnstückkosten und begünstigt damit die russische Exportwirtschaft. Produzieren in Russland ist damit auch für ausländische Investoren attraktiver geworden. Zudem wurde das Geschäftsklima in den vergangenen Jahren stetig verbessert. Firmen klagen jedoch weiterhin über zunehmende Kontrollen und administrative Hürden. Kritisch ist auch die sanktionswidrige Weiterleitung von Siemens-Turbinen auf die Krim entgegen bestehender Verträge zu bewerten. Die Missachtung bestehender Verträge, die auch im Umgang mancher WTO-Verpflichtungen zu beobachten ist, belastet das Investitionsklima in Russland.

Die traditionell stark entwickelte Rohstoffwirtschaft bleibt das Rückgrat der russischen Wirtschaft. Die positive Entwicklung der Rohölpreise in den vergangenen Monaten trägt zur wirtschaftlichen Erholung bei. Die Industrieproduktion stieg in den ersten fünf Monaten 2018 im Vorjahresvergleich um 3,2 Prozent, die Agrarproduktion um 2,5 Prozent. Der Agrarsektor profitiert von den russischen Sanktionen gegen westliche Agrar- und Lebensmittelimporte, die im Sommer 2014 als Gegenreaktion gegen die westlichen Sanktionen eingeführt worden waren.

Wirtschaftsindikatoren: 2015 war das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,8 Prozent gesunken, 2016 gab es mit -0,2 Prozent erneut eine leichte Rezession. 2017 wurde ein Wachstum von 1,5 Prozent registriert. Dieser Trend wird sich 2018 fortsetzen.

Parallel zum Absturz der Ölpreise verbilligte sich seit 2014 der russische Rubel in Relation zu Dollar und Euro um zeitweise 50 Prozent. War das russische Bruttoinlandsprodukt 2014 noch mit zwei Billionen US-Dollar berechnet worden, sank dieser Wert dadurch bis 2016 auf umgerechnet 1,5 Billionen US-Dollar und lag damit etwa gleichauf mit dem Australiens. Unter den größten Volkswirtschaften der Welt rangierte Russland 2017 nach Angaben des Internationalen Währungsfonds an 12. Stelle (Deutschland: 4. Stelle). Das BIP pro Kopf der russischen Bevölkerung betrug 2017 9.305 Euro (Deutschland: 38.114 Euro).

Der Binnenkonsum, bis 2013 immer ein stabiler Wachstumstreiber, war 2015 und 2016 deutlich rückläufig, hat sich aber seit 2017 stabilisiert. Bedingt wurde die negative Entwicklung der vergangenen Jahre durch zum Teil hohe Reallohneinbußen, den schwachen Rubel, teure Verbraucherkredite und hohe Zinsen. Die allgemeine konjunkturelle Baisse sorgte für ein zurückhaltendes Kaufverhalten der Bevölkerung, durch die Währungsabwertung verteuerten sich ausländische Produk-

te. Zuletzt wuchsen die Reallöhne aber kräftig, und der Konsum stieg in den ersten fünf Monaten 2018 (gemessen am Einzelhandelsindex) im Jahresvergleich um 2,4 Prozent. Zudem ging die Inflationsrate zuletzt auf 2,4 Prozent zurück, das ist ein historisch niedriges Niveau. Der Leitzins, der vor zwei Jahren noch bei 17 Prozent lag, wurde von der Zentralbank schrittweise bis März 2018 auf 7,25 Prozent abgesenkt. Dadurch verbessern sich die Aussichten für eine weitere konjunkturelle Erholung. Der Kurs des Rubels bleibt dagegen schwach. Nach einer zwischenzeitlichen Erholung im Frühjahr 2017 auf unter 60 Rubel/Euro büßte der Rubel seitdem gegenüber Euro und Dollar wieder an Wert ein und liegt derzeit bei etwa 73 Rubel/Euro.

Ein großes Sorgenkind der russischen Wirtschaft bleibt die Finanzwirtschaft. Sie leidet unter dem schwachen Rubel sowie den westlichen Sanktionen und schleppt eine hohe Zahl fauler Kredite mit sich herum. Viele Russen hatten in guten Zeiten Kredite in Fremdwährung aufgenommen, die sie angesichts der Rubelschwäche und der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre nur schwer bedienen können. Das trifft in ähnlicher Weise auch auf den kleinen russischen Mittelstand zu: Gerade diese Unternehmen sind aber auf zinsgünstige Kredite und ein leistungsfähiges Bankensystem angewiesen. Der private Bankensektor bleibt verwundbar: Die Zentralbank hat 2017 gleich zwei Banken, die Otkrytie- und die B&N-Bank, verstaatlicht. Die staatlichen Banken sind allgemein gut kapitalisiert und auch die staatlichen Devisenreserven wachsen wieder. In den Ratings der internationalen Agenturen hat Russland zuletzt deutlich Boden gut machen und damit an Kreditwürdigkeit gewinnen können. Zwei der drei großen Ratingagenturen stufen Russland inzwischen wieder im Investment Grade ein.

Geschäftsklima: Im „Doing Business Report 2018“ der Weltbank, der insbesondere die Arbeitsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen bewertet, belegte Russland unter 189 Staaten Platz 35. 2011 lag Russland noch auf Rang 123. Auch der „Global Competitiveness Report 2017-2018“ des Weltwirtschaftsforums stuft die Wettbewerbsfähigkeit Russlands höher ein. Unter 138 Staaten rückte Russland gegenüber dem Vorjahr vom 43. auf den 38. Platz nach vorne.

Die **15. Geschäftsklima-Umfrage**, die der Ost-Ausschuss und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer Anfang 2018 unter 141 deutschen Unternehmen in Russland durchführten, bestätigte die Erholung der russischen Wirtschaft. 63 Prozent der Befragten beurteilen die Entwicklung des Geschäftsklimas seit Anfang 2017 leicht positiv oder positiv. 78 Prozent der befragten Unternehmen erwarten für 2018 eine positive oder zumindest leicht positive Entwicklung der russischen Wirtschaft.

Auch die Einschätzung der eigenen Geschäftslage hat sich weiter aufgehellt: 47 Prozent der Unternehmen bezeichnen die eigene Geschäftslage in Russland als gut oder sehr gut, 39 Prozent empfinden sie als befriedigend. 48 Prozent der Befragten konnten ihren Umsatz in Russland im Vorjahr um bis zu einem Viertel steigern, 15 Prozent sogar um mehr als ein Viertel.

Größter Störfaktor bei der Geschäftstätigkeit in Russland sind aktuell die Bürokratie, die Konjunktur, die Sanktionen und die Inflations- und Wechselkursentwicklung. Protektionistische Tendenzen nehmen die Unternehmen wie im Vorjahr vor allem bei öffentlichen Ausschreibungen, Einfuhrbeschränkungen und Genehmigungsverfahren wahr. Die vollständige Umfrage ist auf der Webseite des Ost-Ausschuss – Osteuropavereins zu finden.

Wirtschaftspolitische Trends: Nach den Präsidentschaftswahlen im März 2018, die Wladimir Putin für eine weitere Amtszeit von sechs Jahren bestätigten, wurde das Kabinett von Ministerpräsident Dmitrij Medwedjew umgebildet. Im Bereich der Wirtschaft sind allerdings die vertrauten Ansprechpartner im Amt geblieben: Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin und Industrieminister Denis Manturow konnten ihre Posten behalten, ebenso der Energieminister Alexander Nowak und Finanzminister Anton Siluanow. Unter den Vize-Premierministern schieden zwei für die Wirtschaft wichtige Ansprechpartner aus: Arkadij Dworkowitsch leitet nunmehr mit Viktor Wekselberg die Skolkovo-Stiftung und sitzt weiterhin im Aufsichtsrat der staatliche Eisenbahn RZD. Igor Schuwalow wurde im Mai 2018 zum Vorsitzenden der Vneshekonombank (VEB) ernannt. Laut der Analyse von Experten wird die neue Regierung weniger über Ausgabenprogramme auf zusätzliches Wachstum setzen, sondern vor allem auf Stabilität, Kontrolle und einen ausgeglichenen Haushalt achten. Mitte Juni 2018 hat die Regierung die Anhebung des Renteneintrittsalters und des Mehrwertsteuersatzes beschlossen.

Die russische Wirtschaftspolitik forciert im Zuge der westlichen Sanktionspolitik eine Politik der Lokalisierung und Importsubstitution. Russland versucht zunehmend westliche Industrieprodukte durch Eigenproduktion oder Importe aus vorwiegend asiatischen Ländern zu ersetzen. Das Programm zur Importsubstitution vom März 2015 sieht vor, künftig über 2.200 Produkte in 20 Branchen in Russland selbst herzustellen. Am 30. Juni 2015 trat das Gesetz über Industriepolitik in Kraft, das die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie durch Fördermaßnahmen und Vorgaben für die öffentliche Einkaufspolitik anstrebt.

Das Thema Lokalisierung wird von der deutschen Wirtschaft aufmerksam verfolgt. Aktuelle Lokalisierungsprojekte deutscher Unternehmen zeigen, dass die deutsche Wirtschaft auch in einem

schwierigen Umfeld daran arbeitet, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland weiterzuentwickeln. Ein Beispiel dafür ist der Aufbau eines Mercedes-Werks nahe Moskau, das bis 2020 mit der Produktion beginnen soll. Aktuell steht auch BMW in Verhandlungen zum Aufbau eines Werks nahe Kaliningrad. Diese Projekte fördern vor allem auch mittelständische Zulieferstrukturen nach dem Motto „Made in Russia for Russia“. Ausländische Investoren haben mittlerweile die Möglichkeit, durch Sonderinvestitionsverträge in den Rang russischer Unternehmen aufzusteigen und damit bei staatlichen Ausschreibungen zum Zuge zu kommen. Vier derartige Verträge wurden mit deutschen Unternehmen abgeschlossen (Claas, DMG Mori, Daimler, Wilo).

Haushalt und Verschuldung: Im Jahr 2017 lag das föderale Haushaltsdefizit bei 1,4 Prozent des BIP. In den Anfangsmonaten 2018 lag der Fehlbetrag sogar unter einem Prozent. Zwei in guten Zeiten aus hohen Öleinnahmen gespeiste Fonds wurden zur Finanzierung des Defizits herangezogen. Diese beiden Fonds wurden im Februar 2018 zu einem Fonds fusioniert, der aktuell rund 64 Milliarden US-Dollar enthält. Die Ziele des Fonds bleiben unverändert: Er dient der Finanzierung der Rentenversicherung, dem Ausgleich des Haushaltsdefizits und der Co-Finanzierung von freiwilligen Rentenbeiträgen.

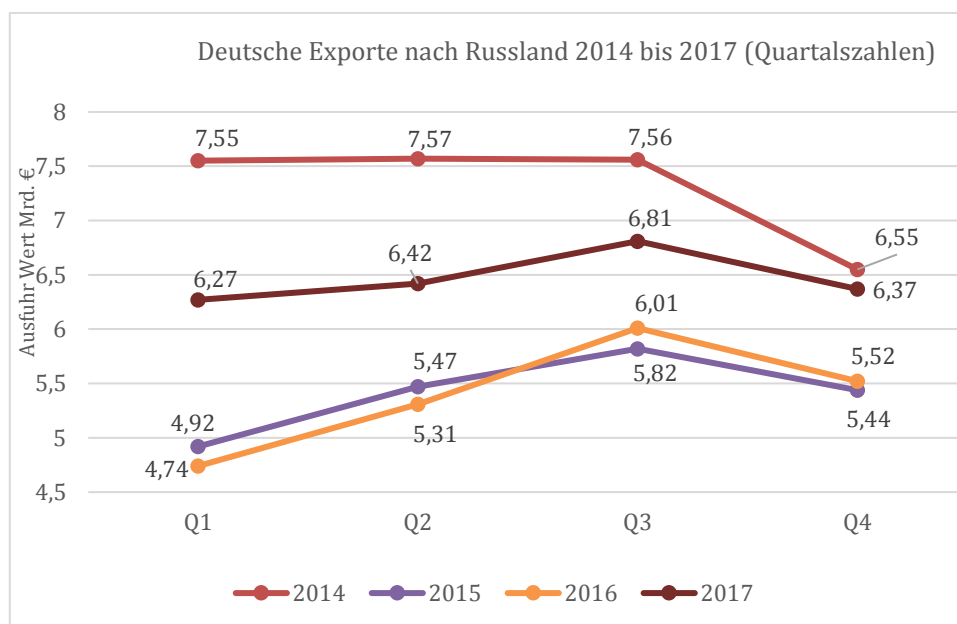
Was Auslandsverschuldung und Reserven angeht, weist Russland nach wie vor sehr solide Werte auf. Die Bruttoauslandsverschuldung beträgt rund 34 Prozent des BIP, die öffentliche Verschuldung liegt bei unter 13 Prozent des BIP und die Währungsreserven belaufen sich auf 458 Milliarden US-Dollar, damit sind diese die fünftgrößten weltweit.

2. Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland

Handelsentwicklung: Der deutsch-russische Handel war bis zum Sommer 2016 vier Jahre in Folge rückläufig. Dieser Trend, der bereits 2013 einsetzte, wurde durch geringere Spielräume Russlands aufgrund gesunkener Rohstoffeinnahmen und durch die gegenseitigen Sanktionen beschleunigt. Ab Sommer 2016 drehte der Trend nach zuvor 13 Quartalen mit Exportrückgängen wieder ins Positive. Dieser positive Trend setzte sich 2017 beschleunigt fort: Die deutschen Exporte nach Russland kletterten im Gesamtjahr um 20,2 Prozent auf 25,9 Milliarden Euro und die deutschen Importe aus Russland um 18,7 Prozent auf 31,4 Milliarden Euro. Insgesamt lag das Handelsvolumen damit bei 57,3 Milliarden Euro (2016: 48 Milliarden Euro).

In den ersten vier Monaten 2018 hat der bilaterale Warenaustausch an Dynamik verloren: Die deutschen Lieferungen nach Russland stiegen um 1,4 Prozent auf 8,4 Milliarden Euro. Die Importe aus Russland

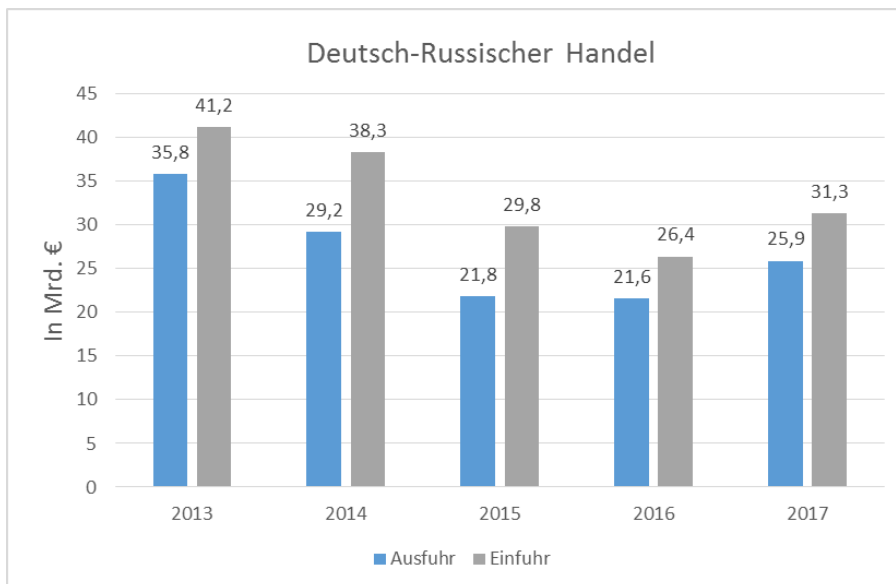
waren mit 11,6 Milliarden Euro um 3,3 Prozent höher als im gleichen Vorjahreszeitraum.



Graphik: OAOEV; Quelle: Statistisches Bundesamt

Dennoch bleiben die Verluste im bilateralen Handel in der Langzeitbetrachtung signifikant und es ist noch ein weiter Weg zurück zu alten Spitzenwerten (2012 lag das deutsch-russische Handelsvolumen bei 80 Milliarden Euro). Unter den deutschen Absatzmärkten belegte Russland 2017 Rang 14 (2012: Rang elf), unter den deutschen Einfuhrländern Rang 13.

Besonders betroffen von der negativen Handelsentwicklung der vergangenen Jahre war der deutsche Maschinenbau, auch weil die westlichen Sanktionen gegen die russische Energie- und Rüstungswirtschaft vor allem kurz nach Verhängung der Sanktionen 2014 zur aufwändigen Prüfung vieler Maschinenexporte durch das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle BAFA geführt hat. Im Jahr 2015 waren die deutschen Exporte in dieser Branche um 27 Prozent eingebrochen. Damit lag Russland 2015 nur noch auf Platz elf unter den Exportmärkten des deutschen Maschinenbaus, 2012 belegte es noch Platz vier. 2017 stiegen die Maschinenexporte nach Russland erstmals wieder um 21,5 Prozent auf knapp 5,7 Milliarden Euro. Unter den russischen Gegen-sanktionen im Agrarbereich leidet wiederum die deutsche Landwirtschaft. Die deutschen Bauern erleiden dadurch nach Schätzungen des Deutschen Bauernverbands einen jährlichen Verlust von einer Milliarde Euro.



Graphik: OAOEV; Quelle: Statistisches Bundesamt

2017 war Deutschland mit einem Anteil von 8,6 Prozent wichtigster Handelspartner Russlands in Europa und zweitgrößter Handelspartner weltweit, mit nun deutlichem Abstand hinter China (14,9 Prozent). Knapp dahinter folgen die Niederlande an dritter Stelle. 7,3 Prozent der gesamten russischen Exporte gingen 2017 in die Bundesrepublik, die damit hinter China und den Niederlanden auf Platz drei rangierte. Importseitig war Deutschland nach China mit einem Marktanteil von 11,6 Prozent das zweitwichtigste Lieferland.

Deutsch-Russischer Handel:

Die wichtigsten fünf Warengruppen 2017

Deutscher Export:

Waren	in Mio. Euro
Maschinen	5.681,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile	4.062,2
Chemische Erzeugnisse	2.868,8
Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn.	1.912,2
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	1.875,5

Deutscher Import:

Waren	in Mio. Euro
Erdöl und Erdgas	19.715,2
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	4.052,6
Metalle	3.008,7
Kohle	1.613,7
Chemische Erzeugnisse	887,6

Deutsche Investitionen: Seit Beginn der Krise ist die Präsenz deutscher Unternehmen auf dem russischen Markt von rund 6.000 auf 4.965 gesunken (Stand: Februar 2018). Die Wirtschafts- und Sanktionskrise hat also Spuren hinterlassen, die überwiegende Mehrheit der deutschen Unternehmen hält jedoch am russischen Markt fest. Die Unternehmen nutzten die Zeit des abgekühlten Wachstums, um sich strategisch besser aufzustellen, personelle Überkapazitäten abzubauen und sich auf die Zeit einer wieder anziehenden Konjunktur vorzubereiten. Für Neueinsteiger ist die Zeit günstig, da Immobilien im Preis deutlich billiger und zahlreicher verfügbar sind. Das gleiche gilt für Übernahmen. Auch qualifizierte Arbeitskräfte, an denen in Russland lange Zeit Mangel herrschte, stehen dem Arbeitsmarkt aktuell wieder in größerer Zahl zur Verfügung. Die Schwäche des Rubels und der starke Rückgang der Lohnkosten machen eine Produktion im Inland attraktiver und sogar einen Export aus Russland heraus in Drittländer interessant.

Nach einem Tiefpunkt im politischen Krisenjahr 2014 erholen sich seit 2015 die deutschen Direktinvestitionen in Russland. Auch große Leuchtturmprojekte wie die Pipeline Nord Stream 2, eine Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Moskau und Kasan, das neue Mercedes-Benz-Werk nahe Moskau, das geplante Werk von BMW in Kaliningrad sowie die Fußball-Weltmeisterschaft in Russland könnten zu einer neuen Dynamik in den Wirtschaftsbeziehungen beitragen. Hinzu kommt eine Vielzahl an Investitionsprojekten und Aktivitäten gerade auch von deutschen Mittelständlern: So haben beispielsweise der Dortmunder Pumpenhersteller Wilo und das Technologieunternehmen GEA zuletzt neue Produktionsstätten in Russland eingeweiht. Der niederbayrische Heizkörperhersteller Kermi legte im September 2017 den Grundstein für ein Werk im russischen Stupino. Als viertes deutsches Unternehmen hat Wilo im Oktober 2017 einen Sonderinvestitionsvertrag in Russland unterzeichnet. Es zeigt sich: Die EU-Sanktionen gegen Russland in einigen Sektoren sind hinderlich, aber kein unüberwindbares Hindernis für die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

3. Wirtschaftssanktionen

Im August 2014 wurden zwischen der EU und Russland als Folge der Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine erstmals seit Beendigung des Kalten Krieges gegenseitige Wirtschaftssanktionen eingeführt, im September 2014 folgte deren Ausweitung. Hinzu kommen direkte Sanktionen der EU gegen einzelne Firmen, Organisationen und Personen. Die EU-Wirtschaftssanktionen beinhalten ein Waffenembargo, Finanzmarktsanktionen sowie Beschränkungen oder Verbote bei der Lieferung von Dual-Use-Gütern sowie spezifischer Ölfördertechnologie und -ausrüstung. Rechtsfolgen der Sanktionen sind

Beschränkungen und Verbote bei der Ausfuhr von Gütern und Technologie nach Russland. Auch sind Vermittlungsgeschäfte und Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Gütern betroffen. Sanktionsverstöße haben empfindliche Strafen zur Folge.

Weltweit beteiligen sich rund 40 Länder auf unterschiedliche Weise an den Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Neben der Ukraine, Norwegen, Kanada und Japan sind unter dem Druck der EU auch EU-Beitrittskandidaten wie Albanien oder Montenegro beteiligt, während Serbien sich enthält. Ebenfalls keine Russlandsanktionen eingeführt haben wichtige Wirtschaftsmächte wie China, Indien, Brasilien, die Türkei, Ägypten, Israel, Südafrika oder Südkorea. Die Schweiz versucht zumindest das Unterlaufen der EU-Sanktionen zu verhindern.

Von russischer Seite wurde seit August 2014 gegen diejenigen Länder, die sich an den Sanktionen beteiligen, ein Importstopp von Agrargütern eingeführt.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten haben im März 2015 den Abbau der Handels- und Investitionsbeschränkungen gegen Russland an die vollständige Umsetzung des so genannten Minsker Abkommens zur Befriedung des Konflikts in der Ost-Ukraine geknüpft. Zuletzt verlängerte die EU im Dezember 2017 die Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis Sommer 2018. Als Reaktion darauf hält auch Russland an seinen Gegensanktionen im Agrarbereich fest.

Sanktionsfolgen für die Wirtschaft: Die westlichen Sanktionen haben zur aufwendigen Prüfung vieler Maschinenexporte durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA geführt. Das BAFA hat darüber zu entscheiden, ob Dual-Use-Komponenten im Zweifelsfall auch für militärische Zwecke oder die Ölindustrie eingesetzt werden könnten. Von den westlichen Finanzmarktsanktionen sind letztlich alle Branchen betroffen, weil damit beispielsweise Exportfinanzierungen für russische Kunden erschweren Bedingungen unterliegen.

Generell war in den ersten beiden Jahren nach Einführung der Sanktionen eine stark gestiegene Risikoscheu bei Geschäften zu beobachten. Die Komplexität der verschiedenen Regelungen schreckte ab, gerade kleinere Geschäfte wurden angesichts des hohen Prüfungsaufwands und der Gefahr unbeabsichtigter Regelverletzungen gar nicht erst in Erwägung gezogen.

Die russischen Gegensanktionen zielen in erster Linie auf die deutsche und europäische Land- und Ernährungswirtschaft, die bereits vor den Sanktionen wiederholt mit russischen Einfuhrverboten konfrontiert wurde. Der nun sanktionsbedingte, weitgehende Ausfall des russischen Marktes trägt zu einem Überangebot an Fleisch und Obst, aber

auch an Milchprodukten in der EU bei. Dadurch sanken die Erlöse unter anderem bisweilen unter die Produktionskosten. Den EU-Landwirten gelingt es aber zunehmend, den russischen Markt durch Lieferungen auf andere Märkte zu kompensieren.

Zwischen 2013 und 2017 hat sich der **Handel der EU mit Russland** schrittweise um über 40 Prozent verringert. Wurden 2013 nach Angaben von Eurostat noch Waren im Wert von 327 Milliarden Euro gehandelt, betrug der Wert für 2016 nur noch 191 Milliarden Euro. 2014 gingen die EU-Exporte nach Russland um rund 16 Milliarden auf 103 Milliarden Euro zurück, 2015 betrug die Lücke zum Jahr 2013 bereits 46 Milliarden und 2016 rund 47 Milliarden Euro. Die EU-Einfuhren aus Russland sanken 2014 im Vergleich zu 2013 um 24 Milliarden Euro, 2015 wuchs die Lücke auf 70 Milliarden Euro und 2016 dann auf 88 Milliarden Euro.

Allerdings wäre eine Gleichsetzung dieser massiven Handelseinbrüche mit den Wirkungen der Sanktionen falsch: Es gibt andere Einflussfaktoren wie den stark gesunkenen Ölpreis und den schwachen Rubel-Kurs, die einen erheblich größeren Anteil am Niedergang der Konjunktur in Russland und damit des Handels haben. Auch inner-russische Modernisierungsdefizite spielen eine Rolle, denn bereits im Jahr 2013 hatte es im Vergleich zum Rekordjahr 2012 einen leichten Rückgang im bilateralen Handel gegeben. Experten aus den USA, Russland und Deutschland gehen davon aus, dass etwa 20 Prozent bis 43 Prozent der Verluste im Export nach Russland und etwa 20 Prozent des wirtschaftlichen Einbruchs in Russland in den Jahren nach 2013 auf die Sanktionen zurückgeführt werden können. Nimmt man die untere Grenze dieser Schätzungen von 20 Prozent als Ausgangspunkt und betrachtet die oben beschriebene Entwicklung des EU-Russland-Handels, so hätten die Sanktionen im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 zu Handelsausfällen von 7,6 Milliarden Euro, 2015 von 23,4 Milliarden und 2016 von 27,2 Milliarden Euro geführt. Für die Jahre 2014 bis 2016 lägen damit die sanktionsbedingten Verluste zusammengerechnet allein für den bilateralen Handel bei rund 58 Milliarden Euro. Nimmt man dagegen die obere Grenze der Schätzungen von ca. 40 Prozent zum Maßstab, würden sich die Verluste auf 116 Milliarden Euro verdoppeln.

Generell ist für eine realistische Gesamtrechnung darauf hinzuweisen, dass sich die negative Sanktionswirkung für die Wirtschaft nicht allein auf sanktionierte Güter und damit unterbundene Exporte erstreckt, sondern auch auf eine Reihe weiterer Faktoren, die in der Fachliteratur bisweilen auch als „Kollateralschäden“ bezeichnet werden. Diese können zwar nicht unmittelbar auf die Sanktionsbeschlüsse zurückgeführt werden, jedoch eine erhebliche Größenordnung erreichen. Dazu gehören Umsatzrückgänge westlicher Firmen auf dem russischen und russischer Firmen auf dem westlichen Markt (z.B. aufgrund bewusster

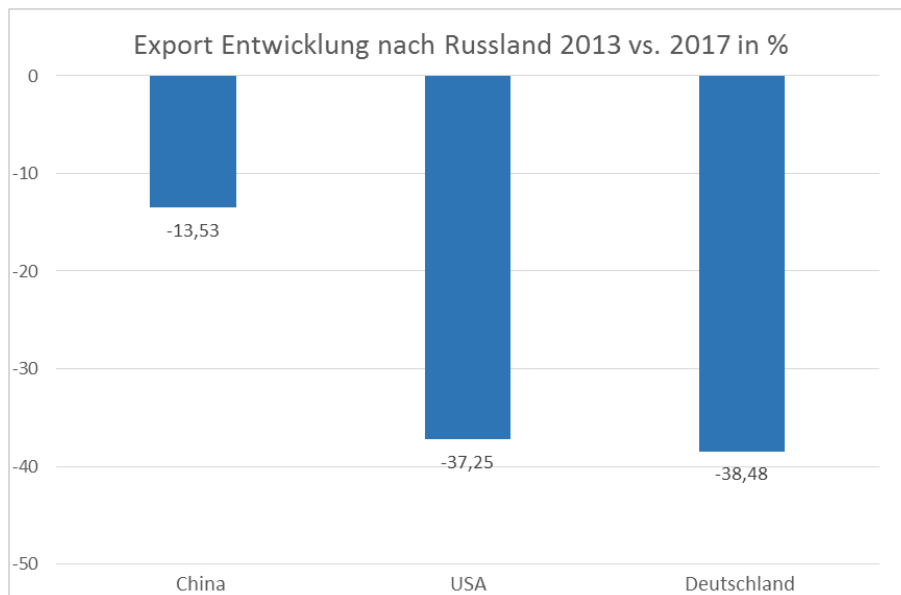
oder erzwungener Boykottentscheidungen von Kunden und Partnern), aus politischen Gründen unterbundene, 2014 bereits laufende und damit eigentlich nicht sanktionsrelevante Projekte (z.B. Lieferung eines Hubschrauberträgers durch französische und eines Gefechtsübungsentrums durch deutsche Anbieter an Russland), gesunkene Aktienkurse, aufgrund neuer Risikoanalysen stornierte Handels- und Investitionsentscheidungen, geplatzte Kredite bis hin zu aus politischen Gründen stornierten Urlaubs- und Geschäftsreisen. Insbesondere das Vertrauen russischer Partner in die Umsetzbarkeit von Großprojekten unter Beteiligung deutscher oder europäischer Partner wurde gestört. Selbst wenn derartige Projekte nicht unter Sanktionen fallen, stehen sie noch immer im Verdacht, eines Tages vielleicht sanktionsrelevant werden zu können, was die Position von Unternehmen aus der EU in Russland stark beeinträchtigt.

Die Sanktionen zwischen der EU und Russland hatten und haben zudem Folgewirkungen auch in Nachbarregionen, die wirtschaftlich stark von Russland abhängig sind. Umgekehrt gibt es aber auch Länder, die sich nicht an den Wirtschaftssanktionen beteiligen und denen sich aufgrund dessen nach dem Ausfall von EU-Exporten nach Russland dort neue Marktchancen eröffnen. Hier wird von Experten insbesondere auf China, die Schweiz, die Türkei, Südkorea, Brasilien, Ägypten oder Israel verwiesen, die dauerhaft deutsche und EU-Marktanteile in Russland besetzen könnten. Dies lässt sich tatsächlich nachweisen: So ging in den Jahren 2014 bis 2017 wegen der allgemein schwierigen Wirtschaftslage in Russland zwar insgesamt auch der chinesische Export nach Russland zurück (-14,5 Prozent), aber deutlich geringer als der deutsche Export nach Russland in diesem Zeitraum (-38 Prozent, Zahlen jeweils nach russischen Statistiken).

China liegt auch aufgrund dieser Entwicklung nunmehr deutlich an erster Stelle unter den russischen Handelspartnern. 2016 konnten nach Angaben des Verbands der Deutschen Maschinen- und Anlagenbauer chinesische Anbieter erstmals mehr Maschinen nach Russland liefern als ihre bislang führende deutsche Konkurrenz. Dennoch haben sich ursprüngliche Befürchtungen, dass chinesische Lieferanten ihre Marktanteile in Russland massiv ausbauen, bislang nur in Ansätzen bewahrheitet. Dies könnte z.B. auch daran liegen, dass sich chinesische Anbieter mit Rücksicht auf das wichtigere US-Geschäft und die US-Sanktionen teilweise zurückgehalten haben. Die oft wiederholte These, US-Unternehmen würden aufgrund einer cleveren Sanktionspolitik Marktanteile in Russland gewinnen, lässt sich aufgrund der Handelsstatistiken nicht belegen. Allerdings hat der Handel der USA mit Russland nur ein Zehntel des Umfangs des Handels der EU mit Russland. Die Kosten der Sanktionen tragen also im Wesentlichen die Europäer und unter ihnen insbesondere die deutsche Wirtschaft, die allein auf einen Anteil von 25 Prozent am gesamten EU-Russland-Handel kommt.

Insgesamt bleibt auch nach gründlicher Sichtung vorhandener Studien die Bestimmung der globalen Sanktionsfolgen für die Jahre 2014 bis 2016 und ihre zukünftigen Auswirkungen schwierig und von einer Reihe von Annahmen abhängig. Einige Effekte schwächen sich über die Jahre ab, weil Unternehmen neue Märkte entwickeln und Marktlücken anderweitig geschlossen werden. Andere Effekte potenzieren sich möglicherweise über die Jahre. Mit ziemlicher Sicherheit lässt sich jedoch sagen, dass die Sanktionskosten für Russland und den Westen seit 2014 zusammengenommen inzwischen einen dreistelligen Milliarden-Euro-Betrag überschritten haben. Dies wird auch durch eine Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft bestätigt¹: Die Gesamtkosten der 2014 verhängten Russland-Sanktionen betragen nach den KIW-Berechnungen 114 Milliarden US-Dollar oder umgerechnet 97 Milliarden Euro allein im Jahr 2015. Davon entfielen rund 60 Prozent auf russische Unternehmen und 40 Prozent auf westliche Unternehmen. Der Exportverlust für sanktionierende westliche Länder belaufe sich auf 44 Milliarden US-Dollar oder 37,5 Milliarden Euro, wovon wiederum 90 Prozent auf EU-Länder entfielen, heißt es in der Analyse. Deutschland trage prozentual gesehen fast 40 Prozent des durch die Sanktionen verlorenen Handels mit Russland im Westen, während andere große geopolitische Akteure wie das Vereinigte Königreich (7,9 Prozent), Frankreich (4,1 Prozent) und die Vereinigten Staaten (0,6 Prozent) weitaus weniger betroffen sind. Alle beteiligten Sanktionsländer haben also unter der gegenwärtigen Situation wirtschaftlich zu leiden, mit Russland und Deutschland an der Spitze. Mögliche Sanktionsgewinner finden sich andernorts.

¹ https://www.ifw-members.ifw-kiel.de/publications/friendly-fire-the-trade-impact-of-the-russia-sanctions-and-counter-sanctions/kwp_2059.pdf letzter Aufruf: 20.2.2018



Graphik: OAOEV; Quellen²

Aktuelle Entwicklung: Trotz nunmehr vierjähriger Sanktionen sind bislang praktisch keine Umsetzungsschritte des Minsker Friedensabkommens erkennbar. Russland und die Ukraine werfen sich gegenseitig mangelnde Umsetzung vor. Aktuell wird über das Mandat für eine UNO-Blauhelm-Mission für die Ostukraine diskutiert. Eine Einigung darauf könnte Bewegung in die festgefahrene Situation bringen. Vorschläge des ehemaligen deutschen Außenministers Sigmar Gabriel zu einem schrittweisen Abbau der Wirtschaftssanktionen parallel zu substanziellen Fortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens (entsprechend der Position des Ost-Ausschuss – Osteuropaverains) haben sich in der EU trotz ähnlicher Äußerungen aus Ländern wie Italien, Bulgarien, Tschechien, Ungarn und der Slowakei bislang nicht durchsetzen können. Bislang ist die offizielle EU-Position, erst eine vollständige Umsetzung des Minsker Friedensabkommens abzuwarten und dann erst Sanktionen zurückzuführen.

Auf Betreiben von US-Senat und -Repräsentantenhaus beschlossen die USA vor dem Hintergrund möglicher russischer Manipulationsversuche im US-Präsidentenwahlkampf im Juli 2017 neue Maßnahmen gegen Russland. Genannt werden insbesondere der Energiesektor, der Finanzbereich, aber auch allgemein Unternehmen, die mit russischen Firmen und Personen aus dem Verteidigungs- und Geheimdienstbereich Geschäfte machen. Neue Vorhaben zur Ölförderung unter starker Beteiligung russischer Partner werden nun weltweit erschwert, auch Projekte in Zusammenhang mit russischen Exportpipelines könnten unter Sanktionen fallen. Dies hat im Bedarfsfall der US-Präsident zu entscheiden. Die dezidiert extraterritoriale Wirkung dieser neuen Sanktionen würde auch ausländische

² <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>;
<https://wits.worldbank.org/CountryProfile/en/Country/CHN/Year/2016/TradeFlow/Export/Partner/RUS/Product/all-groups>; <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/c4621.html>

Geschäftspartner russischer Firmen stark betreffen. Zugleich verfolgt der US-Senat mit dem Gesetzesvorschlag offen US-amerikanische Wirtschaftsinteressen, etwa zur Förderung amerikanischer Fracking-Gas-Exporte in Konkurrenz zu russischen Energielieferungen über die geplante Pipeline Nord Stream 2.

Nach einer klaren Ablehnung negativer Effekte derartiger neuer US-Sanktionen auf europäische Unternehmen durch die Bundesregierung und die EU-Kommission hat die US-Administration reagiert. Ende Oktober veröffentlichte das US-Außenministerium Guidelines zu großen Teilen des Sanktionspakets. Präzisiert wurde dadurch, dass Verträge im Energiebereich, die vor Unterzeichnung des US-Sanktionsgesetzes am 2. August 2017 vereinbart wurden, Bestandsschutz erhalten. Konkretisiert wird zudem, dass die Einführung von Sanktionen mit den europäischen Verbündeten „koordiniert“ werden soll. Das Grundsatzproblem, dass die US-Gesetzgebung direkt in Geschäftspraktiken europäischer Unternehmen eingreift, bleibt bestehen, zumal es EU-Firmen sogar gesetzlich untersagt ist, Sanktionsbestimmungen Dritter Folge zu leisten („Blocking Regulation/ bzw. §7 Außenwirtschaftsgesetz).

Am 6. April 2018 veröffentlichte das US-Schatzamt neue Sanktionen gegen sieben russische Konzernchefs, zwölf durch diese kontrollierte Unternehmen, 17 russische Regierungsfunktionäre, eine staatliche Rüstungsfirma und eine Bank. Verfügt werden die neuen Sanktionen gegen Personen und Unternehmen allgemein „for their roles advancing Russia’s malign activities“. Damit wird das Vermögen dieser Personen und Firmen eingefroren und US-Bürgern geschäftliche Beziehungen mit den sanktionierten Personen und Firmen verboten. Auch Nicht-US-Bürger können Ziel von Sanktionen werden, falls sie wissentlich „signifikante Transaktionen“ im Auftrag der blockierten russischen Personen oder Unternehmen unterstützt haben. In mehreren „General Licenses“ werden für die Umsetzung der Sanktionen durch US-Staatsbürger, Unternehmen und Alliierte teilweise Ausnahmegenehmigungen bzw. Übergangsfristen gewährt.

Eine Reihe der nun direkt sanktionierten Unternehmen wie Agroholding Kuban, Basic Element, GAZ, Renova, Rusal oder Russian Machines stehen auch in engen Geschäftsbeziehungen mit deutschen Unternehmen. Erste Analysen erwarten zudem vor allem für den Bankensektor und die Finanzierung von zukünftigen Projekten Probleme. Außerdem könnten sich einige der sanktionierten Unternehmen, für die der US-Markt nun verschlossen ist, auf andere Märkte umorientieren und hier das Angebot erhöhen bzw. für mehr Wettbewerbsdruck sorgen.

Russland hat seinerseits im Juni 2018 als Antwort auf die US-Sanktionen ein Gesetz verabschiedet, das den Präsidenten ermächtigt,

Sanktionen gegen US-Unternehmen und -Organisationen wie Einfuhrverbote zu verhängen. Ein weiteres Gesetz, das die Befolgung ausländischer Sanktionen in Russland unter Strafe stellt, wurde vom russischen Parlament im Mai 2018 in erster Lesung angenommen. Die zweite Lesung wurde nach Protesten unter anderem vom russischen Unternehmerverband auf unbestimmte Zeit verschoben.

Sowohl zu den neuen US-Sanktionen gegen Russland als auch zur Bilanz der Wirtschaftssanktionen gegen Russland zwischen 2014 und 2017 gibt es ausführliche Positionspapiere des Ost-Ausschuss – Osteuropaverains: www.oaev.de/positionspapiere

4. Zusammenarbeit EU-EAWU

Aufgrund der aktuellen schwierigen politischen Lage und mit Verweis auf russische Verstöße gegen WTO-Bestimmungen zögert die Europäische Kommission weiterhin, offizielle Beziehungen zur Eurasischen Wirtschaftsunion aufzunehmen. Dieser Organisation, die sich 2015 gegründet hat, gehören Russland, Kasachstan, Belarus, Armenien und Kirgisistan an. Alle fünf Länder sind nach dem Vorbild der EU übereingekommen, Ihre Handelspolitik und weitere Teile ihrer Wirtschaftspolitik schrittweise an eine Eurasische Wirtschaftskommission mit Sitz in Moskau zu übertragen, Binnengrenzen abzubauen und Außenzölle, Zollverfahren und andere Wirtschaftsbereiche im gesamten eurasischen Wirtschaftsraum zu harmonisieren.

Ein einheitlicher eurasischer Wirtschaftsraum bietet große Vorteile auch für westliche Investoren. Ein nächster Schritt könnte die Vereinheitlichung von Normen und Standards der EAWU mit den Bestimmungen der EU sein, um langfristig einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen. Diese Perspektive stellte der Ost-Ausschuss ab 2013 auch in den Mittelpunkt der Konferenz „east forum Berlin“, die bis 2017 fünfmal stattfand. Ende 2015 gehörte der Ost-Ausschuss zudem zu den Gründungsmitgliedern der Arbeitsgruppe „Gemeinsamer Wirtschaftsraum Lissabon bis Wladiwostok“, in der Unternehmen und Verbände aus Deutschland, Russland und weiteren EAWU-Ländern miteinander über Kooperationsmöglichkeiten beraten. Die Arbeitsgruppe wirbt insbesondere gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission für die Aufnahme eines Dialoges mit der EAWU auf höchster Ebene.

Die Notwendigkeit für einen regelmäßigen Austausch zwischen EU und EAWU wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass die Eurasische Wirtschaftskommission immer mehr Wirtschaftskompetenzen an sich zieht und immer mehr deutsche Firmen, die in Russland aktiv sind, direkt mit der Eurasischen Wirtschaftskommission in

Kontakt stehen. Dies zeigen die Ergebnisse der jährlichen Geschäftsklima-Umfrage Russland. Für acht Prozent der Befragten hatte die EAWU-Kommission im Januar 2018 im Geschäftsalltag bereits eine große Bedeutung, 44 Prozent sahen eine wachsende Bedeutung.

5. Aktivitäten des OAOEV

Um in Zukunft die mittelständischen Strukturen noch weiter zu stärken und deutschen Unternehmen den Eintritt in den russischen Markt zu erleichtern wurde 2013 auf Initiative des Ost-Ausschusses die **Kontaktstelle Mittelstand** eingerichtet. Sie hat das Ziel, Netzwerke und Informationen über wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen für den Markteintritt in Russland und anderen osteuropäischen Ländern bereitzustellen und interessierte Unternehmen zu beraten. Zu den Ergebnissen der Kontaktstelle Mittelstand gehört eine enge Zusammenarbeit mit der russischen Mittelstandsagentur zur Qualifizierung russischer Zulieferer. Bislang haben zwei deutsche Investoren, das Technologieunternehmen GEA und der Dortmunder Pumpenhersteller Wilo, unter Vermittlung des Ost-Ausschusses Abkommen mit der russischen Mittelstandsagentur zur Weiterqualifizierung russischer Zulieferunternehmen abgeschlossen.

Die Kontaktstelle führt zudem zusammen mit der Commerzbank und Ernst & Young eine Veranstaltungsreihe in verschiedenen deutschen Städten durch, die speziell deutsche Mittelständler über die derzeitige Entwicklung in Russland sowie steuerliche und rechtliche Aspekte informiert. Finanziert wird die Kontaktstelle durch sieben Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschuss – Osteuropaverains: BAUER COMP Holding GmbH, Commerzbank AG, Ernst & Young GmbH, Herrenknecht AG, Knauf Gips KG, Schaeffler AG und Wolffkran.

Gemeinsam mit dem Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME), der AHK Russland und dem Russischen Export-Zentrum unterzeichnete der OAOEV auf dem St. Petersburger Wirtschaftsforum Ende Mai 2018 eine Absichtserklärung zu einer **Einkaufsinitiative Russland**. Ziel der Initiative ist, russische Lieferanten für Waren und Dienstleistungen mit deutscher Hilfe fit für den Weltmarkt zu machen und sie in internationale Lieferketten einzugliedern. Dabei sollen deutsche Unternehmen, einschließlich ihrer Beschaffungsinteressen, mit ausgesuchten und qualifizierten russischen Lieferanten zusammengebracht werden.

Deutsche und russische Unternehmen wollen auf dem Gebiet der Digitalisierung enger zusammenarbeiten. Dazu wurde bereits auf dem St. Petersburg International Economic Forum 2017 ein Memorandum of Understanding (MoU) zwischen dem Russischen Unternehmerverband RSPB und dem Ost-Ausschuss unterzeichnet. Das Hauptziel der

German-Russian Initiative for Digitilization (GRID) ist es, deutsche Best Practices auf den Gebieten Digitalisierung und Innovation in der russischen Wirtschaft zu implementieren und so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Dem RSPP und dem OAOEV schloss sich die AHK in Moskau an. Die Initiative wird wesentlich durch die beteiligten Unternehmen getragen: Siemens, SAP und die Robert Bosch GmbH bilden den Kern. Der Initiative gehören neben den deutschen Trägern auch der russische Telekommunikationskonzern Rostelekom, das russische Unternehmen Zyfra (Renova Group) und der „Innovationsbeschleuniger“ Skolkovo an. Die öffentliche Vorstellung von GRID fand im Februar 2018 anlässlich der Russian Business Week in Moskau statt.

Auf dem St. Petersburg International Economic Forum (SPIEF) im Mai 2018 organisierte der OAOEV ein Panel zum Thema „Germany-Russia-Business-Dialogue: Efficiency Partnership“. Diskutiert wurden mit deutschen und russischen Unternehmensvertretern Fragen zur Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Effizienz- und Produktivitätssteigerung; Wege der Einbindung russischer Zulieferer in globale Wertschöpfungsketten und Perspektiven für die bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der digitalen Transformation und beim Aufbau einer innovativen und effizienten Industrie. Weiterhin unterzeichnete der OAOEV auf dem SPIEF **Kooperationsvereinbarungen** mit der Russischen Schiffbaugesellschaft OSK, Rosatom und dem Russischen Exportzentrum.

6. Weitere Informationen

Ansprechpartner für Russland im OAOEV:

Dr. Christiane Schuchart

Regionaldirektorin Russland

Tel.: 030 206167-123

Fax: 030 2028-2712

C.Schuchart@bdi.eu

Raliya Ostendorf

Sekretariat Regionaldirektion Russland

Tel.: 030 206167-128

Fax: 030 2028-2791

R.Ostendorf@bdi.eu

Kontaktstelle Mittelstand:

Jens Böhlmann

Leiter Kontaktstelle Mittelstand
für Russland

Tel.: 030 206167-127

Fax: 030 2028-2437

J.Boehlmann@bdi.eu

Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden:

Alena Akulich

Projektmanagerin

Deutsch-Russische Gespräche

Baden-Baden

Tel.: 030 206167-129

Fax: 030 2028-2437

A.Akulich@bdi.eu

AG Agrarwirtschaft (German Agrobusiness Alliance):

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführung AG Agrarwirtschaft;

Zusammenarbeit mit Russland, der Ukraine und Kasachstan im
Bereich Agrar- und Ernährungswirtschaft

Tel.: 030 206167-124

Fax: 030 2028-2569

p.brodersen@bdi.eu

Wichtige Links:

Deutsch-Russische Auslandshandelskammer:

<http://russland.ahk.de/>

Bundesbank:

www.bundesbank.de

Deutsche Botschaft Moskau:

www.germania.diplo.de/Vertretung/russland/de/Startseite.html

Eurasische Wirtschaftskommission:

www.eurasiancommission.org

Germany Trade&Invest:

www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/welcome.html

Fachmagazin OstContact:

<https://owc.de/>

Märkte Weltweit:

<http://www.maerkte-weltweit.de>

Ostexperte – Der Blog zum Russlandgeschäft:

<http://www.ostexperte.de>

Russische Statistikbehörde:

www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/en/main/

Statistisches Bundesamt:

<https://www.destatis.de/DE/Startseite.html>

Business Europe – Working Group on Russia

<https://www.businesseurope.eu/policy-committees-and-working-groups>

Aktuelle Statistiken und viele weitere Informationen zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und zu weiteren 29 OAOEV-Ländern finden Sie auf der Internet-Seite des OAOEV unter www.oaoev.de/de/lander

Newsletter: Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein bietet einen kostenlosen monatlichen Newsletter an, den Sie über die Internetseite www.oaoev.de/newsletter abonnieren können. Folgen Sie uns auch auf Twitter und Facebook unter [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren · Vernetzen · Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@bdi.eu
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.oaoev.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)